

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **56 (1976-1977)**

Heft 11

PDF erstellt am: **23.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

bringen wird. Einigermassen genaue Angaben über die Kostenfolge dieser Politik zu haben, wäre bestimmt kein Luxus.

Nochmals: Es geht in keiner Weise um die Infragestellung des Sozialprinzips oder gar um einen Abbau bestehender sozialer Leistungen. Hingegen geht es sehr prononciert um die Frage,

ob unsere Sozialpolitik konzeptionell auf dem richtigen Wege ist und ob ihr Ausbau finanziell derart gesichert werden kann, dass in einer allzu fernen Zukunft nicht böse Überraschungen eintreten werden – wie das von andern Ländern vorexerziert wurde.

Willy Linder

Kommentare

BLICK AUF DAS WIRTSCHAFTSJAHR 1977

Das auffallendste Merkmal der heutigen Konjunkturbeurteilung ist die grosse Unsicherheit, die sowohl in Wirtschaftskreisen, bei wissenschaftlichen Instituten als auch bei den Behörden herrscht. Während sich noch bis Mitte 1976 ein vorsichtiger Konjunkturoptimismus durchzusetzen begann, ist das Stimmungsbarometer gegen Jahresende wieder merklich gesunken. Offenbar ist die öffentliche Meinung heute so sensibilisiert, dass bereits kleine Einbussen an Zuwachserwartungen beziehungsweise die Rückwärtsrevision von früheren Schätzungszahlen genügen, das Vertrauen in die künftige Entwicklung zu erschüttern.

Wie wird also unser schweizerisches Wirtschaftsjahr 1977 aussehen? Wird es noch schwieriger sein als 1976, wie es der Direktor des Vororts zum Ausdruck brachte? Gehen wir wirklich, wie es der Chefredaktor der *Schweize-*

rischen Handelszeitung andeutete, einem neuen Konjunkturtal entgegen? Oder ist es nicht eher so, dass die wirtschaftliche Gesamtlage zwar nach wie vor schwierig, der Tiefpunkt aber überwunden ist und der Zukunft mit Zuversicht entgegengesehen werden darf – wie es im Herbst 1976 von bekannten Wirtschaftsprofessoren am Seminar der Weiterbildungsstufe an der Hochschule St. Gallen oder von Mitgliedern des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank bei verschiedenen Anlässen zum Ausdruck gebracht worden ist?

Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Zunächst darf davon ausgegangen werden, dass die Weltwirtschaft den tiefsten Punkt der Rezession im wesent-

lichen bereits im Sommer 1975 überwunden hat. Abgesehen von den Unterschieden in der Intensität der wirtschaftlichen Erholung von Land zu Land weist die Aufschwungsphase mehr oder weniger überall zwei Besonderheiten auf. Die eine ist, dass im Gegensatz zu früheren Konjunkturzyklen diesmal die Investitionen der privaten Wirtschaft weitgehend stagnieren, die andere, dass der Aufschwung ziemlich einseitig von der Nachfrage der öffentlichen Hand und vom Lageraufbau getragen wurde.

Was die Entwicklung der Weltwirtschaft im Jahre 1977 anbelangt, so dürfte sie im Vergleich zu 1976 in groben Zügen wie folgt verlaufen:

- Leicht erhöhte Zunahme des Welt Handels um 6–7%;
- etwas schwächere Zunahme des Sozialprodukts, im Durchschnitt der OECD-Länder um etwa 4%;
- relativ bescheidene Zunahme der Investitionen und des privaten Konsums;
- anhaltend hohe Inflationsrate, die gegenwärtig im Durchschnitt der OECD-Länder bei rund 8% liegt, wobei vor allem Italien, Grossbritannien, Frankreich und Japan zu diesem hohen Durchschnitt beitragen dürften.

Obgleich diese Entwicklungstendenzen nicht besonders optimistisch sind, gewähren sie für einzelne Länder doch einen gewissen Spielraum für die Entwicklung ihrer eigenen Wirtschaft. Dies gilt nicht zuletzt für die Schweiz, die aufgrund ihrer grossen Auslandsverflechtung von den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in besonderem Masse abhängig ist.

Die schweizerische Wirtschaft

Die konjunkturelle Ausgangslage der schweizerischen Wirtschaft weist einige Besonderheiten auf, die eine Rückkehr zu normalen Wachstumsverhältnissen teils erschweren, teils aber auch erleichtern. Erschwerend ist, dass die Schweiz unter allen OECD-Ländern von der Rezession nicht nur am spätesten, sondern vor allem am schwersten betroffen wurde. Schuld daran ist die vorhergehende übermässige Aufblähung unseres Wirtschaftspotentials, die im Schatten günstiger Nachkriegsbedingungen und eines unterbewerteten Schweizerfrankens vor sich ging und zu beträchtlichen Strukturverzerrungen geführt hat.

So erreichte beispielsweise die Produktionsleistung unserer Bauwirtschaft einen international weit über dem Durchschnitt liegenden Anteil am Sozialprodukt von 20%. Eine ähnliche Übersteigerung kennzeichnete unseren Arbeitsmarkt. Hier kam uns allerdings der Umstand zugute, dass von dem in den letzten drei Jahren erfolgten Rückgang der Zahl der Beschäftigten um etwa 340 000 Personen rund 200 000 Ausländer waren, die unser Land verlassen haben, und es sich bei den restlichen 140 000 Personen zum grössten Teil um weibliche Zweitverdiener, Pensionsberechtigte beziehungsweise frühzeitig Pensionierte handelte. Viele Strukturverzerrungen, die uns heute zu schaffen machen, entstanden durch mangelhaftes Marketing, zu langes Festhalten an traditionellen Sortimenten, Unterschätzung von technischen Entwicklungstendenzen oder finanzielle und personelle Managementfehler.

Erschwerend wirkt ferner die ausserordentliche Steigerung der Produktions-

kosten, die in den letzten Jahren zu verzeichnen war. Dazu kamen die Folgen des Übergangs zu flexiblen Wechselkursen, der den Aussenwert des Schweizerfrankens gegenüber unseren wichtigsten Absatzländern seit April 1971 um rund 60% ansteigen liess. Dies in einem Land, dessen Sozialprodukt annähernd zu 40% aus den Einnahmen aus der Aussenwirtschaft stammt.

Exportwirtschaft

Wie schon im Jahre 1976 wird der Export auch 1977 die wichtigste Stütze der Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz sein. Der Exportanstieg dürfte dabei wie im laufenden Jahr wertmässig etwa 10% betragen. Trotz der Leistungs- und Anpassungsfähigkeit der Exportindustrie, der in diesem Jahr eingetretenen Beruhigung auf dem Kosten- und der günstigen Bedingungen auf dem Gebiete der Exportfinanzierung wird jedoch die internationale Konkurrenz nach wie vor Preiskonkzessionen erzwingen und auf die Erträge drücken.

Der vorsichtige Optimismus mit Bezug auf das weitere Ansteigen unserer Exporte im Jahre 1977 stützt sich auf das internationale Gefälle der Inflations- und Produktivitätszuwachsrate. Während in den wichtigsten Volkswirtschaften Europas der Produktivitätszuwachs nach Angaben der OECD nur knapp 2½% betragen und damit die auf 2% geschätzte Zuwachsrate der USA leicht übertreffen dürfte, wird die Produktivität voraussichtlich in Japan um 5%, in den Comecon-Ländern um 5-6% und in den Erdölländern um 10% ansteigen. In die gleiche Richtung

weisen Schätzungen der Europäischen Gemeinschaft, nach denen das reale Einfuhrvolumen im Jahre 1977 wie folgt zunehmen wird: USA 8%, Japan 10%, OECD-Länder 7%, OPEC-Länder 15% und Ostblock 5%.

Als besonders strukturbetroffen gilt im Exportsektor bekanntlich die Uhrenindustrie. Angesichts des Siegeszuges, den die amerikanische und japanische Quarzuhr angetreten hat, erschien die Lage unserer Uhrenindustrie vielen als aussichtslos. Offenbar hat sich aber eine Wende angebahnt. Die Umstellung auf elektronische Uhren scheint gelungen zu sein und zeitigt die ersten Exporterfolge. So wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 1976 bereits 1,5 Millionen elektronische Uhren ausgeführt, die wertmässig nahezu 10% des gesamten Uhrenexports ausmachten.

Technologisch geht die schweizerische Uhrenindustrie offenbar wieder langsam in Führung. Der Trend zu komplizierten Anzeigekombinationen und die voraussichtliche Rückkehr zum vertrauten Zifferblatt (Analoganzeige) sowie die neuesten Fortschritte auf dem Gebiet der Produktion integrierter Schaltungen, von Flüssigkeitskristallen und Flachgehäusen kommen dem traditionellen Können unserer Uhrenindustrie stark entgegen. Da die notwendigen Umstrukturierungen aber noch grosse Schwierigkeiten bereiten und vor allem mit ausserordentlich hohen Kosten verbunden sind, wird sich die Ertragslage in der Uhrenindustrie vorerst nur geringfügig verbessern.

Nicht leicht wird es auch unsere Maschinen- und Apparateindustrie haben. Als wichtigster Zweig der schweizerischen Exportindustrie hat sie immerhin im Rezessionsjahr 1975 ihren

Export noch leicht zu steigern vermocht. Dieser Trend hat sich entgegen weitverbreiteter Befürchtungen im letzten Jahr fortgesetzt. So wurden in den ersten zehn Monaten Maschinen und Apparate im Werte von 10,4 Mrd Fr. exportiert, was einem Drittel des Gesamtexports der Schweiz entspricht. Der durchschnittliche Arbeitsvorrat hat sich im 3. Quartal 1976 gegenüber dem Vorquartal zwar leicht um 0,2 auf 7,5 Monate ermässigt, doch liegt er beispielsweise in der Elektrobranche immer noch über zehn Monaten. Bemerkenswert ist, dass der Auftragseingang der Maschinen- und Apparateindustrie im 3. Quartal 1976 um 6% zugenommen hat. Die Aussichten der Branche für 1977 werden daher neuerdings wieder etwas zuversichtlicher beurteilt.

Eine markante Erholung verzeichnete im Jahre 1976 die Aluminiumindustrie. Ihr Export stieg in den ersten zehn Monaten um 19% und hat damit den im Vorjahr erlittenen Rückschlag wieder ausgeglichen. Ebenso hat die Metallwarenindustrie trotz Schwierigkeiten bei einzelnen Produkten ihre Auslandsverkäufe um rund 10% erhöht. Die Schweiz hat offensichtlich auch in diesem Sektor trotz hohem Frankenkurs ihre Konkurrenzfähigkeit bewahrt. Ein ermutigendes Bild bietet schliesslich auch die Chemie. Die Farbstoffausfuhr – die 1975 etwa um ein Drittel zurückgegangen war – erzielte im Jahr 1976 eine Zunahme von über 30%. Überraschend gut entwickelte sich auch die Lage der Textil- und Bekleidungsindustrie. Sie steigerte ihren Export in den ersten zehn Monaten 1976 um 12,4%. Die Textilindustrie, die schon manche Wirtschaftsstürme zu bewältigen hatte, hat auch diesmal be-

wiesen, dass sie einer der anpassungsfähigsten Zweige unserer Wirtschaft ist.

Die Zuwachsraten im Export, im Auftragseingang, bei den Bruttoerträgen usw. dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie zum grossen Teil aufgrund ungünstiger Preis-Kosten-Relationen erzielt werden und oft nur das aufholen, was vorher verlorengegangen war. Auf weiten Strecken steht unsere Exportwirtschaft im Zeichen einer Mengenkonzunktur, die zwar eine etwas bessere Auslastung der bestehenden Produktionskapazitäten und damit eine bessere Verteilung der Fixkosten erlaubt, aber nicht ausreicht, die konjunkturell erwünschten Neuinvestitionen in Gang zu setzen.

Inlandindustrie und Gewerbe

Die konjunkturelle Lage der inlandorientierten Industrien und des Gewerbes ist zum Teil noch schwieriger als jene der Exportindustrie. Einige Branchen wie die Industrie der Steine und Erden oder die Holz- und Möbelindustrie tendieren noch rückläufig. Die auf Reparaturen und Renovationen spezialisierten Betriebe sind demgegenüber meistens gut ausgelastet und dürften dies auch weiterhin sein. Gesamthaft gesehen ist das Konjunkturbild ausserordentlich differenziert und uneinheitlich. Im übrigen hat die Rezession auch in einigen Sparten des Gewerbes einen Strukturwandel ausgelöst, und zwar im Sinne einer vermehrten vertikalen Konzentration, das heisst der Ein- oder Angliederung vor- beziehungsweise nachgelagerter Produktionsstufen.

Unser grösstes Sorgenkind wird 1977 voraussichtlich erneut die Bauwirtschaft sein. Der Abbau der Kapazitäten hat

sich zwar verlangsamt, setzt sich mit Sicherheit aber auch 1977 noch fort. Die realen Bauinvestitionen werden 1977 mit etwa 4–6% ebenfalls weniger stark zurückgehen als bisher. Die grössten Schwierigkeiten wird wiederum der Wohnungsbau bereiten. Im Hinblick auf den hohen Leerwohnungsbestand sowie die mietzinspolitischen Erschwernisse dürfte der Anreiz zur Wohnbauinvestition gering sein und die Wohnungsproduktion 1977 um 15–20% zurückgehen (verglichen mit einem Rückgang um etwa 40% im Jahr 1976). Demgegenüber werden sich die Bauinvestitionen der öffentlichen Hand dank der vom Bund 1975/76 beschlossenen Investitionsprogramme von über 4 Mrd Fr. zumindest auf Vorjahresniveau halten. Bei den gewerblich-industriellen Bauinvestitionen ist aufgrund der Konjunktorentwicklung sowie der Realisierung aufgeschobener Investitionsprojekte eine allmähliche Stabilisierung zu erwarten.

Immerhin hat sich gezeigt, dass es die grösseren Bauträgergesellschaften verstanden haben, die im Inland erlittenen Einbussen durch eine teilweise Verlagerung der Geschäftstätigkeit ins Ausland – insbesondere in Entwicklungsländer – bis zu einem gewissen Grade wettzumachen. Dieser Trend dürfte sich in diesem Jahr fortsetzen. Aber auch den meisten kleineren Bauunternehmen werden sich 1977 ausreichende Möglichkeiten bieten, ihre Geschäftstätigkeit mindestens auf dem Niveau des Vorjahres zu halten. Gerade sie sind in der Lage, dank ihrer Flexibilität und relativ niedrigen Fixkosten von kleinen Aufträgen wie Renovationsarbeiten zu profitieren. In besonderem Masse gilt dies für eine Reihe von Baunebengewerben, die zum Teil

bereits wieder Produktionsengpässe aufweisen.

Am ungünstigsten sind die Aussichten für die mittleren Bauunternehmen, die weder in der Lage sind, ins Ausland auszuweichen, noch aufgrund ihrer Betriebs- und Organisationsstruktur kleinere Bauarbeiten zu übernehmen. Obwohl bei solchen Unternehmen mit weiteren Betriebsschliessungen gerechnet werden muss, dürfte die voraussichtlich noch bevorstehende Redimensionierung der Baukapazität kaum wesentlich mehr als 10% betragen und gegen Ende 1977 im wesentlichen abgeschlossen sein.

Landwirtschaft

Wenn auch nicht unmittelbar konjunktur- beziehungsweise rezessionsgefährdet, so bringt unsere Landwirtschaft dennoch einige Probleme mit sich. Abgesehen von der postulierten Preisanhebung um 5% und deren Einfluss auf unser gesamtwirtschaftliches Preis- und Lohnniveau geht es hauptsächlich um die grosse Belastung der Bundesfinanzen. Im Voranschlag des Bundes für das Jahr 1977 sind für landwirtschaftliche Subventionen immerhin 1,4 Mrd Fr. vorgesehen. So richtig und notwendig es aber ist, die Ausgabenlast der öffentlichen Hand abzubauen, so sicher ist es, dass der Landwirtschaft ein besonderer Stellenwert zukommt. Sie trägt heute zu rund 60% zur Selbstversorgung unseres Landes bei und ist eine zentrale Säule unserer wirtschaftlichen Landesverteidigung. Übrigens kann sich die Effizienz unserer Agrarpolitik im Vergleich zu anderen Ländern, insbesondere zur Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft mit ihrem

Überschuss an Magermilchpulver von 1,4 Mio t, durchaus sehen lassen.

Arbeitsmarkt

Trotz der Strukturschwierigkeiten unserer Wirtschaft, vereinzelter Betriebs-schliessungen und einer zurückhalten-den Personalpolitik der Unternehmen ist für 1977 aufgrund der sich fortset-zenden Erholung der Konjunktur mit einer Stabilisierung der Beschäftigungs-lage zu rechnen. Im übrigen nehmen wir mit einer Arbeitslosenquote von weniger als 1% eine Stellung ein, um die uns die meisten Länder beneiden. Darüber hinaus zeichnet sich bereits eine verstärkte Nachfrage nach quali-fiziertem Kaderpersonal ab. Das ge-samtwirtschaftliche Lohnniveau dürfte 1977 nur leicht, aber doch etwas stär-ker steigen als 1976.

Konsumsektor

Als Folge einer alles in allem befriedi-genden Entwicklung des Arbeitsmark-tes, einer mässigen Steigerung der Ein-kommen um etwa 2–3% (gegenüber nur 1% im Jahre 1976) und einer verlang-samten Zunahme des Banksparens wird sich 1977 die private Konsumnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen vor-aussichtlich leicht beleben. Dazu kommt, dass in den Rezessionsjahren ein gewisser Nachholbedarf entstanden ist, der auf den Markt kommen wird. Ausserdem scheint in der jüngsten Ver-gangenheit das Vertrauen in die Sicher-heit des Arbeitsplatzes wieder zugenom-men zu haben. So hat die Konsumenten-umfrage des Instituts für Wirt-schaftsforschung an der ETH ergeben, dass Ende August dieses Jahres 36,5% der Haushalte für 1977 mit einer Ver-besserung ihrer Einkommenslage rech-

neten, während es Ende Mai 1976 noch 24% und Ende Januar 1976 erst 10% waren. Trotz dieser positiven Kompo-nenten dürfte die effektive Zunahme des realen Privatkonsums im Jahre 1977 kaum über 2% hinausgehen, nicht zu-letzt als Folge der Abnahme beziehungs-weise Stagnation unserer Wohnbevöl-kerung.

Die Detailhandelsumsätze dürften in diesem Jahr nominell um etwa 3% zunehmen. Aufgrund des scharfen Konkurrenzkampfes werden produk-tionsbedingte Kosten- und Preisstei-gerungen nur teilweise auf die End-preise überwältzt werden können. Der Konzentrationsprozess im Detailhandel wird weitergehen, so dass die Lage für die kleinen selbständigen Detaillisten nach wie vor ernst bleiben wird.

Beim öffentlichen Konsum hingegen wird sich die Zunahme der Ausgaben als Folge der sich zuspitzenden Finanz-engepässe verlangsamen. Das reale Wachstum der laufenden Käufe der öf-fentlichen Hand dürfte von 6% im Jahr 1976 auf etwa 1% im laufenden Jahr zurückfallen.

Preisentwicklung

Das Wirtschaftswachstum und die hö-heren Inflationsraten im Ausland sowie die Stabilisierung unserer Inlandkon-junktur werden die Preisfront wieder etwas in Bewegung bringen. Der Rück-gang des Zinsniveaus dürfte zunächst andauern, doch ist nicht ausgeschlos-sen, dass in der zweiten Jahreshälfte 1977 einzelne Zinssätze wieder leicht steigen werden. Im weiteren besteht in einigen Bereichen der Wirtschaft ein Nachholbedarf an Preiserhöhungen, der in diesem Jahr aufgrund der etwas günstigeren Marktverhältnisse zum Teil

befriedigt werden dürfte. Es ist deshalb damit zu rechnen, dass die Teuerungsrate von gegenwärtig rund 1% bis gegen Ende 1977 auf 2–3% steigen wird.

Zukunft des Schweizerfrankens

Für die Zukunft unserer Wirtschaftsentwicklung nimmt der Wechselkurs des Schweizerfrankens eine Schlüsselstellung ein. Der starke Kursanstieg des Frankens seit dem Übergang zum Floating hat unserer Exportwirtschaft ausserordentliche Schwierigkeiten bereitet und bereitet sie noch heute. Die gleichzeitige stürmische Entwicklung des Euromarktes und der Grossbanken hat die Meinung aufkommen lassen, am hohen Frankenkurs seien in erster Linie eben diese Banken und der zu gross gewordene Finanzplatz Schweiz schuld.

Das ist nicht der Fall. Die Tatsachen sind andere. Um zwei der wichtigsten zu nennen: erstens trat eine Korrektur des früher offensichtlich unterbewerteten Frankens nach oben ein und zweitens schlug unsere traditionell defizitäre Aussenhandelsbilanz ins Gegenteil um, was uns inzwischen allein für das Jahr 1976 einen Überschuss in der gesamten Ertrags- oder Aussenwirtschaftsbilanz von rund 8 Mrd Fr. eingebracht hat. Da dieser aus Exporterlösen, aus dem Auslandtourismus und den aus dem Ausland zufließenden Kapitalerträgen stammende Ertragsbilanzüberschuss in Devisen anfällt, die zum grössten Teil in Schweizerfranken umgewandelt werden, ist die wechselkurspolitische Stärke des Frankens die logische Folge unserer wirtschaftlich in verschiedener Hinsicht vorteilhaften Position gegenüber dem Ausland. Ein weiterer Grund für die Stärke des Schwei-

zerfrankens ist unser Erfolg in der Inflationsbekämpfung, der sich in der niedrigsten Teuerungsrate aller vergleichbaren Länder manifestiert.

An dieser Situation dürfte sich auch 1977 nicht viel ändern. Selbst wenn die Handelsbilanz als Folge eines stärkeren Anziehens der Importe in der Grössenordnung von 0,5–1,0 Mrd Fr. wieder passiv werden und dadurch der Ertragsbilanzüberschuss nur noch 6–7 Mrd Fr. erreichen sollte, wird dies kaum eine nennenswerte Abschwächung des Frankenkurses bewirken. Dabei ist erst noch daran zu erinnern, dass ohne die Interventionen am Devisenmarkt und die grosszügige Kapitalexporthpolitik der Schweizerischen Nationalbank sowie ohne unser tiefes Zinsniveau der Kurs des Frankens sehr wahrscheinlich noch höher wäre.

Diese starke Basisposition des Schweizerfrankens schliesst jedoch kurz- und mittelfristige Kursverschiebungen nicht aus. Nehmen beispielsweise die Kapitalanlagebereitschaft in Richtung USA und das Zinsgefälle zwischen der Schweiz und den USA zu, so wird der Dollar die Tendenz haben, zu steigen. Ob er allerdings die 3-Franken-Grenze nochmals erreichen wird, wie es Prof. E. Küng 1976 prognostizierte, ist eher unwahrscheinlich, auch wenn die Auflösung der ausländischen Pfund-Sterling-Positionen in London und eine Zunahme der anlage-suchenden Petrodollars als Folge der neuerlichen Erhöhung des Ölpreises direkt oder indirekt die Nachfrage nach Schweizerfranken beeinflussen sollten. Im Sinne von approximativen Richtgrössen für die nächste Zukunft werden wir mit einem Dollar um die Fr. 2.50 und einer DM-Franken-Relation leicht über pari rechnen müssen.

Der vermeintliche Interessenkonflikt zwischen Exportindustrie und Finanzsektor punkto Höhe des Frankenkurses scheint in letzter Zeit auch in der Exportindustrie einer realistischeren Betrachtungsweise Platz zu machen. So ist an einer gegen Ende Oktober 1976 durchgeführten Fachtagung der Vereinigung für gesunde Währung von namhaften Vertretern der Maschinen- und Apparateindustrie sowie der chemischen Industrie bestätigt worden, dass sie ihre Meinung geändert haben. Es stehe für sie heute – in Übereinstimmung mit der Auffassung der Leitung der Schweizerischen Nationalbank – fest, dass der hohe Frankenkurs eine objektiv bedingte Tatsache sei, mit der die Industrie nolens volens leben müsse. Für einige Grossunternehmen der Exportwirtschaft stehe heute nicht einmal mehr die Wechselkursfrage an erster Stelle, sondern das Problem der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in Ländern wie Grossbritannien, Frankreich oder Italien. Im übrigen zwingt der hohe Kurs des Frankens zu Strukturbereinigungen, um die unsere Wirtschaft ohnehin nicht herumkäme, und deren jetzige Durchführung immer noch weniger Schwierigkeiten bereitet als dies in einem späteren Zeitpunkt der Fall wäre.

Resignation oder mehr Selbstvertrauen?

Sicherlich wäre es verfehlt, gestützt auf eine Reihe positiv verlaufender Konjunkturindikatoren «in Konjunkturoptimismus zu machen». Dazu sind die noch bevorstehenden Strukturbereinigungen und die Existenzschwierigkeiten vieler Unternehmen zu ernst. Andererseits besteht aber auch kein Grund zur

Resignation und zu allzu lauten Hilferufen an den Staat, selbst wenn dies gegenwärtig gewissermassen zum «guten Ton» gehört.

Wer bemüht ist, die Dinge realistisch zu betrachten, sollte die wirtschaftliche Lage nicht dramatisieren. «Langfristpessimismus» ist weder angebracht, noch lässt er sich theoretisch oder empirisch ausreichend begründen. Wichtige Zweige unserer Exportwirtschaft haben ihre Konkurrenzfähigkeit auch unter den erschwerten Bedingungen nachdrücklich unter Beweis gestellt. Die Konsumbereitschaft ist – bei Berücksichtigung des starken Bevölkerungsrückganges – grösser, als es die Detailhandelsstatistik ausweist. Auch der enorme Aufschwung, den die Automobilkäufe genommen haben, deutet in diese Richtung. Im übrigen ist eine Stabilisierung unserer Wohnbevölkerung hinsichtlich der Raum- und Bodenpreisprobleme nicht nur ein Negativum. Um noch einige wichtige Aktiva zu nennen: Unsere Teuerung und unsere Arbeitslosenquote sind die niedrigsten unter allen OECD-Ländern, und um unser sozialpolitisches Klima, unsere finanzielle Potenz und unsere aktive Ausenwirtschaftsbilanz beneidet uns die halbe Welt. Wir sind ein reiches Land, nur scheinen wir gelegentlich zu vergessen, wie und warum unser Land dieses hohe Niveau an Wohlstand erreicht hat.

Bei der Beurteilung der Wirtschaftslage und der zu treffenden konjunkturpolitischen Massnahmen wird heute oft zu mechanistisch vorgegangen. Die Vorstellung von der Lenkbarkeit der Konjunktur durch die Veränderung der Geldmenge und/oder fiskalpolitischer Massnahmen hat zu einer viel zu einseitigen Betrachtungsweise geführt. Die

Folge ist, dass man der zentralen Frage, warum die Privatwirtschaft so wenig investiert, einigermassen hilflos gegenübersteht. Es fehlt nämlich nicht einfach die Nachfrage, die auf irgendeine Weise stimuliert werden müsste. Die Gründe liegen tiefer. Um zwei zu nennen: Erstens die in vielen Branchen noch ungenügende Anpassung der Kosten an die Preise und damit die Wiederherstellung eines angemessenen Verhältnisses zwischen Erträgen und Risiken. Und zweitens die seit der Weltwirtschaftskrise nie mehr dagewesene Situation, dass produktive Neuinvestitionen häufig geringere Erträge abwerfen als Anlagen auf dem Kapitalmarkt.

Der erste Grund zeigt, dass die Stabilitätspolitik in unserem Lande nach wie vor die Priorität haben muss. Der zweite Grund deutet darauf hin, dass der Zyklus der technischen Innovationen hinter dem Konjunkturzyklus nachhinkt, das heisst die wirklich ertrags-effizienten Neuinvestitionen in vielen Branchen technisch noch auf sich warten lassen. In Branchen, in denen die technischen Voraussetzungen gegeben sind, wird nämlich investiert. Als Beispiel sei auf das Druckereigewerbe verwiesen, das aufgrund der Entwicklung des Lichtsatzes und des Vierfarben-Rotationsoffsetdruckes von Zeitungen in beträchtlichem Umfang investiert: dies ist sowohl bei Ringier in Zofingen und Adligenswil als auch bei Huber in Frauenfeld oder bei der National-Zeitung in Basel der Fall.

Auch mit Bezug auf andere Branchen besteht aber kein Grund zur Resignation. Auf vielen Gebieten der Technik, der Elektronik, der Chemie usw. stehen wichtige Neuerungen vor der Tür, die über kurz oder lang auch hier die Weichen stellen und neue Perspek-

tiven eröffnen werden. Die Apologeten des Nullwachstums, der säkularen Stagnation und der demnächst erreichten Grenze wirtschaftlicher Wohlfahrt haben es zwar leicht, das menschliche Empfinden anzusprechen, helfen aber nicht, unsere Probleme zu lösen. Unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft sind noch lange auf Wachstum angewiesen – mit einer anderen Verteilung, mit mehr Staatsapparat oder mit noch mehr Steuern ist es noch lange nicht getan.

Dies gilt auch für die Schweiz. Hat sie nicht schon Leistungen von weltweiter Bedeutung erbracht? Um nur einige Gebiete zu nennen: Aluminiumgewinnung, Textilmaschinenbau, Arzneimittel, Insektizide, Textilveredelung, Gasturbinen, Grossgeneratoren usw. Noch heute werden die grössten Dieselmotoren der Welt in der kleinen Schweiz hergestellt. Die gleiche kleine Schweiz hat auch ein Finanzzentrum geschaffen, das zwar schwieriger zu verstehen ist als Industrieprodukte, dennoch aber zu den grossen Aktiven unseres Landes zählt.

Nach zehn, fünfzehn Jahren beispielloser Wirtschaftsexpansion und Hochkonjunktur ist es verständlicherweise schwierig, sich auf normalere Verhältnisse umzustellen. Schwierigkeiten sind aber nun einmal da, um überwunden zu werden – auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Zur Resignation besteht kein Grund. Aktivieren wir unser Innovations- und Leistungsvermögen und vertrauen wir auf die Überlegenheit unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, dann dürfen wir – trotz der konjunkturellen und strukturellen Schwierigkeiten – der Zukunft mit Zuversicht entgegensehen.

Karl Völk

DOPPELKRISE RHODESIEN, NAMIBIA

Krisen weltpolitischen Ausmasses sind dadurch gekennzeichnet, dass die Weltmächte in unmittelbare Konfrontation (zum Beispiel wegen nuklearen Wett-rüstens) geraten oder dadurch, dass sie in lokale oder regionale Konflikte einbezogen werden, ihre Interessen für berührt erklären und darum politisch, wirtschaftlich oder militärisch (indirekt oder direkt) intervenieren. Weltpolitische Krisen der zweiten Art entstehen jedoch, molekular-historisch betrachtet, auf autochthone Art, also ohne dass die Weltmächte beteiligt wären. Machtansprüche rivalisierender Personen und Gruppen am Ort prallen aufeinander. Die Befreiungsbewegungen zum Beispiel bilden sich im Kampf gegen die bestehende koloniale Herrschaftsordnung, die von einer nationalen ersetzt werden soll: *ôte-toi que je m'y mette*. Ihre Ziele sind, unangesehen davon, ob die betreffenden Nationen schon existieren oder erst geschaffen werden müssen, national, ursprünglich und der Absicht nach weder prokommunistisch noch prowestlich. Sobald solche Konflikte aber eskalieren und sich ausweiten, also dritte Parteien berühren und engagieren, geraten sie in weitergespannte Interessensfelder, in ihnen fremde Bundesgenossen- und Gegnerschaften und werden dadurch, meist ohne sich dagegen wehren zu können, neudefiniert und umfunktioniert. Die angolische MPLA zum Beispiel war zur Zeit ihrer Entstehung und der ursprünglichen Konzeption ihrer Führer nach keine kommunistische, gar Moskauorientierte Organisation, sie ist es aber geworden durch Annahme der «brüderlichen Hilfe», die die Sowjetunion in

Gestalt von Waffen und kubanischen Truppen gewährt hat und auf die die Partei in der bedrängten Bürgerkriegssituation nicht glaubte verzichten zu können.

Die Motive, Absichten und Ziele der Führenden sind oft nicht bestimmend für eine politische Bewegung; stärker auch als ich, sagte Zeus, ist das Schicksal, sind, modern gesprochen, die Verhältnisse.

Weltpolitische Doppelkrisen – gemeint sind Krisen, die zum gleichen Zeitpunkt, aber unabhängig voneinander an verschiedenen Punkten der Erde entstehen, die Interessen der Weltmächte tangieren und möglicherweise diesbezüglich Aktivitäten auslösen – sind selten. Die grossen Krisen der letzten 30 Jahre bestätigen diese Regel. Fast alle standen für sich: Berlinblockade 1948, Korea 1950, französischer Indochinakrieg 1954, Berlin-Ultimatum 1958, Kongo 1960, Kuba 1962 (wobei der gleichzeitige chinesische Überfall auf Indien der begrenzten Zielsetzung wegen nur regionalen Charakter besass), Zypern 1963, Kaschmir 1965, Nahost 1967, Vietnam 1967 bis 1972, Nahost 1973, Zypern 1974, Libanon 1975/76. Die einzige Ausnahme in der langen Serie von Krisen ereignete sich Ende Oktober 1956, als gleichzeitig der ungarische Aufstand von sowjetischen Panzern niedergeschlagen wurde und die israelisch-britisch-französische Suez-Intervention stattfand. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, dass die USA die in Jalta festgelegten Einflussgrenzen in Europa unbedingt zu respektieren entschlossen waren, wie ihre Zurückhaltung am 17. Juni 1953 in

der DDR, im Oktober 1956 in Ungarn und im August 1968 gegenüber der ČSSR gezeigt hat. Gegenüber dem Suez-Abenteuer aber schlug sich der durch den Alleingang der «Kolonialmächte» verletzte und verärgerte Präsident Eisenhower auf die Seite des London und Paris mit atomarer Vernichtung drohenden Chruschtschow, so dass es zu keiner vollen Konfrontation der Weltmächte gekommen ist. Insofern waren beide Krisen nicht solcherart, dass sowohl USA wie Sowjetunion auf entgegengesetzter Seite voll involviert waren.

Im Verlauf des Jahres 1976 haben sich unabhängig voneinander an verschiedenen Punkten der Erde zwei Krisen entwickelt, an denen beide Weltmächte interessiert waren, ohne dass zwischen beiden ein Zusammenhang geknüpft worden wäre oder dass sie gar zu einer gefährlichen Doppelkrise zusammengewachsen wären.

Im Libanon wurde 19 Monate lang ein grausamer Bürgerkrieg mit auf- und abschwellender Intensität geführt. Der Kampfplatz liegt an einer der neuralgischsten geopolitischen Stellen der Welt, der einst zur westlichen Einflussphäre gehörigen Drei-Kontinentenbrücke, die die Sowjetunion (wenn man von früheren Versuchen unter den Zaren absieht) seit zwei Jahrzehnten in immer neuen Anläufen zu überspringen oder zu durchdringen sich bemüht, um den Weg ins Mittelmeer, nach Afrika und in den Indischen Ozean zu öffnen. Es begann mit den über die ČSSR vermittelten Waffenlieferungen an Nasser 1955, setzte sich fort mit Unterstützung von radikalen Parteien, Umsturzunternehmungen und Revolutionen gegen Monarchien und konservative Regime (von Syrien und Irak bis nach

Jemen und Oman), mit politischen Geschäften, Waffenlieferungen und Verträgen, mit Errichtung von Stützpunkten (Umm Qasr, Aden, Berbera, Sokotra, zeitweise die grosse Suez-Raketenbastion) und endete in dem konsequent betriebenen Versuch, in der PLO einen schlagkräftigen Verbündeten aufzubauen, der durch eine radikal antiisraelische Politik zugleich auch den Sturz der gemässigten und konservativen arabischen Regime bewirken würde. Die Palästinenser standen jahrelang im Mittelpunkt des nahöstlichen Konflikts und wähten sich 1974 schon fast am Ziel ihrer Anstrengungen, als Arafat vor der UNO internationale Anerkennung und weite Zustimmung für die Ansprüche der PLO fand. Sein sowjetgestützter strategischer Plan zielte darauf ab, im Libanon eine militärische Bastion zu errichten, von der aus ein gross-palästinensischer Staat erkämpft werden würde, in dem Israel untergehen sollte.

König Khaled, Herr über Öl und Subsidien, erkannte die Gefahr, dass ein progressistisch-sozialistischer Staat mit sowjetischer Unterstützung als revolutionärer Sprengsatz in die Nahostregion eingepflanzt würde, zwang daraufhin auf der Konferenz von Riad die zerstrittenen Präsidenten Sadat und Assad zur Versöhnung und den von syrischen Truppen im Libanon geschlagenen Arafat zum Einlenken. Jetzt sollen die Amerikaner – weil nur sie Israel zwingen können und weil die gemässigten Araberführer, ob reich oder arm, nur von ihnen Kooperation und Hilfe bei der Industrialisierung und Entwicklung ihrer Länder erwarten – auf einer neuen Genfer Konferenz abermals versuchen, einen Nahost-Frieden zustande zu bringen.

Trotz dieser engen Involvierung haben beide Weltmächte in den Libanonkonflikten nicht eingegriffen. Ihnen steckte der Schrecken von 1973 noch in den Knochen, als Breschnew den bedrängten Ägyptern beisprang, indem er mit der Entsendung von Fallschirmjägern drohte, und Nixon daraufhin die amerikanischen Streitkräfte weltweit in Alarmzustand versetzte. Durch diese Zurückhaltung sank der Nahe Osten, jedenfalls zeitweise, zu einem Nebenschauplatz der Weltpolitik herab.

Bei dem zweiten Krisenherd hingegen, dem südlichen Afrika, sind, einem Wort Waldheims zufolge, alle Elemente einer weltweiten Katastrophe versammelt: Eine explosive Lage im Inneren der drei von weissen Minderheitsregimen beherrschten Staaten, der moralische Zwang, unter dem die sogenannten Frontstaaten – Tanzania, Sambia, Angola, Mozambique, Botswana – stehen, etwas Entscheidendes für die Befreiung ihrer Brüder zu unternehmen; die Präsenz der Sowjetunion (seit der Angola-Intervention) beziehungsweise das Engagement der USA (seit der Kissinger-Reise) in der Region; und die ideologische Anteilnahme sowie der politische Druck der die UNO-Mehrheit stellenden Staaten der Dritten Welt. Ein drohender Rassenkrieg könnte damit eine Krise weltweiter Dimension auslösen.

Die Auswärtigen Ämter, jedenfalls der westeuropäischen Staaten, beurteilen die Aussichten für das Jahr 1977 in diesem Sinne. Trotz zweier Krisenherde wird eine Doppelkrise nicht stattfinden, lokale und regionale Krisen aber können sich zu bedrohlichen weltpolitischen Konflikten wandeln. Für den Nahen Osten wird zwar kein Friede prognostiziert, dazu sind professionelle Diplomaten zu skeptisch. Aber man

rechnet mit einer längeren Periode von Verhandlungen, da in den wichtigsten Lagern zumindest Kriegsmüdigkeit, wenn nicht schon Friedenssehnsucht und eine gewisse Kompromissbereitschaft zu konstatieren ist.

Hingegen wird eine möglicherweise brisante Zunahme der Spannungen im südlichen Afrika befürchtet, nachdem mit dem Ende der Ära Kissinger auch der Kissinger-Plan zur Abwendung des drohenden Rassenkrieges als überholt erscheint, ohne dass schon neue oder zeitgemäss modifizierte Konzepte erkennbar wären.

Nach der Angola-Intervention, bei der die USA, durch die Folgen von Vietnam und Watergate an jeder effektiven Gegenmassnahme gehindert, untätig zusehen mussten, wie die Sowjets fast in letzter Minute die Niederlage der von ihnen unterstützten MPLA durch eilig herbeigeholte kubanische Hilfstruppen in einen (noch immer nicht vollen) Sieg verwandelten, hat Kissinger einen Plan zum Gegenangriff entworfen und mit gewohntem Aufwand ins Werk gesetzt. Ausgangspunkt seiner Überlegungen war, dass die Entspannung an der Demarkationslinie in Mitteleuropa in der Sowjetunion Kräfte für Aktivitäten in der Dritten Welt freigesetzt hat, dass die USA darum ihre bisherige – auf Afrika ebenso wie auf Südamerika bezogene – Konzeption des «benign neglect» revidieren und dem sowjetischen Vordringen eine eigene aktive Politik entgegensetzen müssen. Kissingers zweite Annahme war: So gross die Verlockung für Moskau sein muss, Angola als Brückenkopf und die entgegen Castros Versprechen immer noch dort stationierten 20000 kubanischen Soldaten als Instrumente für weitere Vorstösse in Afrika zu nutzen,

so sehr werden sich die Sowjets hüten, das Verhältnis zu den USA durch weitere afrikanische Abenteuer ernsthaft zu belasten und Risiken einer Konfrontation einzugehen, vor der schon Präsident Ford gewarnt hat. Denn für Brezhnev hat, wie er Jimmy Carter bald nach seiner Wahl signalisierte, die für den wirtschaftlichen Aufschwung der Sowjetunion unentbehrliche Entspannung absoluten Vorrang; sie soll sich insbesondere in einem neuen SALT-Abkommen ausdrücken.

Die Grundlinie der amerikanischen Strategie zur Verhinderung einer Ausdehnung des sowjetischen Einflusses basiert auf der Nixon-Doktrin, derzufolge in den verschiedenen Weltgegenden unabhängige Nationalstaaten selbsttragende regionale Gleichgewichtssysteme (unter amerikanischem Nuklearschirm) errichten sollen. Kissinger wollte solch ein Gleichgewicht in einem Drei-Phasen-Plan – Mehrheitsregierung für Rhodesien, Unabhängigkeit für Namibia, Beendigung der Apartheid in der Republik Südafrika – ansteuern. Die langfristige sowjetische Politik gründet umgekehrt darauf, die nationalen Befreiungsbewegungen frühzeitig durch Waffenlieferung und sonstige Unterstützung von sich abhängig zu machen und ihnen über die nationale Befreiung hinausgehende, nämlich revolutionär-sozialistische Ziele einzugeben. Die nationale Unabhängigkeit wird als imperialistische Täuschung «entlarvt», hinter der sich eine neokolonialistische Abhängigkeit verberge und die nur durch eine totale gesellschaftliche Umwälzung überwunden werden könne.

Rhodesien wurde als Durchbruchfeld gewählt, weil die abgefallene Kolonie seit dem Abzug der Portugiesen

zunehmend in Abhängigkeit von Südafrika stand und also leichter beeinflussbar war. Der Aufstand in Soweto kam Kissinger zu Hilfe, zu dessen Erfolgsrezept die Dramatisierung der Szene gehörte: Er musste in höchster Not und auswegloser Lage als Retter erscheinen können. So ist es ihm gelungen, mit Vorsters Hilfe Ian Smith zu zwingen, einer schwarzen Mehrheitsregierung binnen zwei Jahren und der Einberufung der Genfer Konferenz zuzustimmen, die praktisch ohne Vorbereitung im Oktober ihre Arbeiten aufnahm.

Diese Konferenz ist, wenn nicht gescheitert (weil keiner das Odium auf sich nehmen will, sie platzen zu lassen), so doch ohne Erfolg geblieben. Der Kissinger-Plan ist damit tot. In der verlängerten Weihnachtspause bis zur – sine die verschobenen – Wiederaufnahme der Genfer Gespräche versucht der Konferenzvorsitzende Ivor Richard, seinerseits durch eine neue Pendeldiplomatie, einen gemeinsamen Nenner für die uneinigen Gruppen zu finden. Anzubieten hat er dafür nur die von den Afrikanern gewünschte Britanisierung der Konferenz, also stärkere Übernahme von Verantwortung in der Übergangsregierung durch einen englischen Residenten, der notfalls die umstrittenen Ministerien für Verteidigung und innere Sicherheit übernehmen könnte. Fraglich ist dabei, ob er die Macht hätte, die divergierenden Kräfte zusammenzufassen. Vorerst aber ist solche Einigungsformel noch nicht in Sicht, weil Smith, nach wie vor im Besitz der Machtmittel, die vier zerstrittenen schwarzafrikanischen Delegationen gegeneinander ausspielt. Tatsächlich fehlt es an «interlocuteurs valables» und eine auch nur partielle Machtüber-

gabe könnte den bisher hauptsächlich von Mozambique aus geführten Bürgerkrieg ins Land selbst tragen.

Die Anerkennung der «Patriotischen Front» von Nkomo und des Guerilla-Chefs Mugabe durch die Frontstaaten-Präsidenten als Alleinvertreter Zimbabwes (zur offen geäußerten sowjetischen Befriedigung) ist eine indirekte Aufforderung zum Bürgerkrieg, da ihre Konkurrenten Bischof Muzorewa und Sithole auf die Zustimmung des überwiegenden Teils der Bevölkerung rechnen können. Erst in den weiteren Verhandlungen wird sich herausstellen, ob die Afrikaner eine glaubwürdige Alternative zur inneren Spaltung entwickeln werden.

Die britische Regierung allein dürfte, trotz allem Optimismus, den Aussenminister Crosland zwangsläufig zur Schau trägt, schwerlich über die erforderlichen Machtmittel verfügen, eine von ihr für zweckmässig erachtete Regelung durchzusetzen. Trotz aller Geschäftigkeit wartet man vorerst also darauf, dass die amerikanische Regierung neue Zeichen setzt oder Initiativen unternimmt.

Während sich die Lage in der Republik Südafrika, wo eines Tages die entscheidende Schlacht um das Schicksal der Weissen in dieser Weltgegend geschlagen wird, verschärft, neue blutige Zusammenstöße (auch zwischen rivalisierenden schwarzen Gruppen – wie in Rhodesien, wie in Namibia), zuletzt in der Kapprovinz, stattfinden und die Chance sinkt, dass Vorster, der einzige, der dazu überhaupt imstande sein könnte, seine Landsleute noch rechtzeitig zur Umkehr und Einsicht bewegt, das heisst zu einer allmählich und geordnet verlaufenden Abschaffung des Apartheid-Systems, schreitet die Entwicklung wenigstens im dritten Ge-

biet, in Namibia, voran, so dass hier möglicherweise die Stunde der Entscheidungen heranreift.

Die ehemalige deutsche Kolonie Südwestafrika, später Völkerbundsmandatsgebiet (Mandat C, von dem es heisst, es solle am besten «als integrierender Bestandteil der Mandatsmacht unter deren Gesetzen verwaltet werden»), sollte einer Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes von 1950 zufolge weiterhin von Südafrika verwaltet werden. 1956 autorisierte das Haager Gericht die UN-Generalversammlung, selbsternannte Vertreter des Mandatsgebietes (700000 Einwohner, davon 90000 Weisse) zu hören – in Korrektur der bisherigen Praxis, derzufolge die Mandatsmacht alljährlich einen Bericht über Zustand und Fortschritte im Territorium der permanenten Mandats-Kommission einreichte, die keine rechtliche Handhabe zur Überprüfung am Ort hatte. Durch diese Legitimierung schwarzer Petitionen sind Widerstandsgruppen (SWANU = South-West-Africa-National-Union und SWAPO = South-West-Africa-Peoples-Organization) entstanden, die gegen Kolonialismus und Apartheid protestierten und zugleich Tribalismus und Herrschaft der traditionellen Häuptlinge, die mit den Weissen zusammenarbeiten, bekämpfen. Seither ist Südwestafrika-Namibia Dauerthema der UN-Vollversammlung, die nach zahllosen Aufforderungen schliesslich den 31. August 1976 als Termin für Rückzug und Unabhängigkeit gesetzt hat. Diesen Termin hat die Regierung zu unterlaufen gesucht, indem sie kurz davor den 31. Dezember 1978 als endgültiges Unabhängigkeitsdatum festgelegt hat.

Die südafrikanische Regierung, die

die wirkungslosen UN-Ermahnungen jahrelang nur mit Hohn bedachte, die UN-Entscheidung vom 27. Oktober 1966, derzufolge die Mandats Herrschaft für beendet erklärt und Südwestafrika unter unmittelbare UN-Verantwortung gestellt wurde, als «ungesetzlich» bezeichnete und ignorierte und mehrfach UN-Kommissionen und -Beauftragten die Einreise verweigerte, entschloss sich bald nach dem Rückzug der Portugiesen unter der Leitformel «Detente» zu einer Revision ihrer Namibia-Politik. Angesichts der neuen schwarzen Nachbarn und unter wachsendem internationalem Druck wollte Pretoria Ballast abwerfen (Lockerung der Apartheid, Verzicht auf Namibia), um auf diese Weise Zeit zu gewinnen für die Organisation eines wirtschaftlichen Grossraums bis einschliesslich Angola, Sambia, Malawi, Mozambique, in dem Südafrika politischen Rückhalt gewinnen könnte; zugleich sollte durch das verbesserte Verhältnis zu den schwarzen Nachbarstaaten der Widerstand vor allem der städtischen Schwarzen in den Townships aufgefangen werden. Dieser Versuch ist gescheitert.

Im Hinblick auf Namibia stellt sich für Pretoria nunmehr die Frage, in wessen Hände der künftige Staat gelangen soll. Wie in Rhodesien und noch mehr in der Republik Südafrika selbst haben es die Weissen nicht, beziehungsweise nicht rechtzeitig verstanden, verantwortliche Schwarze als Vertreter und Sprecher ihrer Landsleute heranzuziehen, mit denen sie heute verhandeln könnten, sondern sind im Gegenteil nach der Divide-Et-Impera-Maxime verfahren mit dem Erfolg, heute einander bekämpfenden und sich damit zwangsläufig radikalierenden Gruppen gegenüberzustehen. Inzwischen

fand eine Polarisierung zwischen zwei gegnerischen Gruppierungen statt: «SWAPO» und «TURNHALLE».

Wie alle schwarz-afrikanischen Gesellschaften ist auch Namibia in Stämme und Stammesgruppen aufgegliedert. Der Stamm – mit seinen Untergliederungen Sippe und Familie – bildet die einzig festgeformte und lebendige Sozialeinheit, in dessen Gefüge der Einzelne als Person eingebunden ist; dem Stamm fühlt er sich zugehörig; nach Stammesitte richtet er sein Verhalten; vom Stamm bezieht er seine Sicherheit. Der Stammesführung fühlt er sich verantwortlich. Die Organisation des Stammes ist einfach und jedem verständlich. Die oberste Autorität liegt – im Zusammenwirken mit den Ältesten – beim Häuptling. Die Häuptlinge werden daher bis heute als legitime Vertreter ihrer Stammesgenossen angesehen. Individualistische Vorstellungen, auf denen die westliche Demokratie mit Wahlen (One man – one vote) und Vertretungskörperschaften basieren, sind kollektivistisch organisierten Stämmen bislang unverständlich.

Die südafrikanische Regierung hat gemäss ihrer Philosophie des «separate development» die traditionelle Stammesordnung mit allen Mitteln intakt zu halten versucht, das heisst Kontakte zwischen den Stämmen erschwert und das Einfliessen moderner westlicher Ideen (Nationalismus, Einheitsstaat, Zentralverwaltung, parlamentarische Regierung usw.) nach Möglichkeit verhindert.

Gerade diese Ideen vertritt die seit Anfang der sechziger Jahre operierende SWAPO. Ursprünglich im Ovambo-Land beheimatet, hat sich die Organisation frühzeitig zur Repräsentantin und schliesslich zur Alleinvertreterin

der ganzen namibischen Nation erklärt. Sie folgt dem in fast allen afrikanischen Staaten befolgten Gesetz, dass eine Gruppe sich als progressiv verstehender Patrioten gleichzeitig gegen die Weissen und die Häuptlinge, die die Vergangenheit fortschreiben und daher ihre Legitimität beziehen, ankämpft und für eine revolutionäre Neugestaltung der Verhältnisse, das heisst die Schaffung einer demokratischen, auf Volkswillen beruhenden, zentralistisch verwalteten und unabhängigen Nation arbeitet. Diese zukunftsbezogenen Ideen werden von den westlich ausgebildeten Intellektuellen und von der Jugend akzeptiert, die aus den überkommenen Bindungen ausbrechen und sich emanzipieren will und sich damit in Einklang mit dem Gang und der Logik der Geschichte und in Übereinstimmung mit den afrikanischen Nachbarn weiss.

Um diesem Kristallisationspunkt etwas ebenfalls Fortschrittliches entgegenzusetzen, hat die südafrikanische Regierung im September 1975 die Verfassungskonferenz in Windhoek einberufen, nach dem Ort der Tagung Turnhallen-Konferenz genannt. Nach den ursprünglichen Vorstellungen Pretorias sollte eine konföderative, dezentralisierte Drei-Ebenen-Verfassung – kommunal, regional, bundesweit – beschlossen werden. Elf gesetzgebende Versammlungen für die elf ethnischen Gruppen – Ovambos, Tswanas, Kawangos, Hereros, Buschmänner, Weisse, Mischlinge usw. – sollten in ihrem Territorium weiteste Kompetenzen erhalten. So sollten Finanzen, Erziehung, Wirtschaft, Entwicklung und Erschliessung, Polizei und innere Sicherheit sozusagen «Ländersache» sein, womit der weisse Bevölkerungsteil ein Herrsche- und Teile-

Instrument erhielt. Der Zentralregierung verbliebe danach praktisch keinerlei Macht. Denn für ihre Domänen, Aussen- und Verteidigungspolitik, dürfte angesichts der unausbleiblichen Ablehnung solch eines Regimes an Südafrika wenig Bewegungsraum vorhanden sein. Die SWAPO ebenso wie die englischsprachige Presse Südafrikas verurteilte dieses Konzept unter dem Stichwort Balkanisierung, beziehungsweise Bantustanisierung zum Zwecke neuer Unterdrückung.

Die 156 Delegierten der Turnhallen-Konferenz hatten es, angesichts fehlender Personenkenntnis, grosser Verständigungsschwierigkeiten (sieben Konferenzsprachen) und Unvertrautheit mit Konferenzgepflogenheiten, Übersetzungstechniken, Verfahrensordnung anfangs nicht leicht, die offenen Probleme in den Griff zu bekommen. Unter Assistenz südafrikanischer und amerikanischer Fachleute und unter der geschickten Leitung des Konferenzvorsitzenden Dirk Mudge gelang es jedoch vergleichsweise rasch, die bestehenden Meinungsdivergenzen zu überwinden und, wie es heisst, eine einheitliche Haltung zu erarbeiten. Um dem Druck der SWAPO zu begegnen und nicht als Quislinge und Marionetten der Südafrikaner gebrandmarkt zu werden, haben die Delegierten vorwiegend einheitsstaatliche Vorstellungen mit starker Exekutive entwickelt. Die weissen Abgeordneten mussten angesichts der Notwendigkeit, die Turnhalle glaubwürdig erscheinen zu lassen, erhebliche Zugeständnisse billigen wie: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, allgemeine Schulpflicht, Abschaffung zahlreicher Apartheidsgesetze, Verzicht auf den diskriminatorischen Passzwang. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen am 18.

Januar 1977 hofft man, bald einen im Konsensus beschlossenen Verfassungsentwurf vorlegen zu können, dem Vorster, der unter starkem Zeitdruck steht, zustimmen will, «auch wenn er ihm nicht gefällt».

Vom Inhaltlichen her gesehen wäre damit die Chance für eine Einigung mit der SWAPO gegeben, deren innerer Flügel im Oktober 1976 Bereitschaft zu Gesprächen und Verzicht auf den Alleinvertretungsanspruch zu signalisieren schien. Doch dies Entgegenkommen war von kurzer Dauer. Die im Exil tätigen SWAPO-Funktionäre schlossen jede Zusammenarbeit und jeden Kompromiss mit Pretoria aus und erklärten den bewaffneten Kampf als einzig erfolgversprechenden Weg, die wirkliche Unabhängigkeit für das durch neue Uran-Funde reicher werdende Namibia zu erlangen, es sei denn, Pretoria sei zu sofortiger bedingungsloser Machtübergabe bereit. Die SWAPO hat sich also umfunktioniert. Bei dem Kampf um die Unabhängigkeit geht es immer zugleich auch darum, dass man selbst an die Macht kommt. Dafür nimmt man, wie Angola gezeigt hat, auch einen Bürgerkrieg in Kauf. Um sich von der «Turnhalle» abzusetzen, musste die SWAPO ihre Ziele sozialrevolutionär radikalieren. Und auf der Suche nach Unterstützung gerät sie zunehmend und nachweisbar in kommunistische Abhängigkeit. SWAPO-Chef Najoma besucht Gromyko. Sowjetische Berater drängen, Erklärungen des SWAPO-Verteidigungssekretärs Mu-yonga zufolge, auf Eskalierung des Guerillakrieges. Aus anderen SWAPO-Quellen verlautet, neue Rekruten würden in Südafrika ausgebildet. In Lusaka forderte die Militärorganisation der SWAPO ausdrücklich die kommu-

nistischen und sozialistischen Länder zu umfangreichen Lieferungen von Waffen, namentlich von modernen Geschützen, auf. Nationale Selbstbestimmung gilt nichts mehr, Herrschaft der «fortschrittlichen», will heißen prokommunistischen Machtgruppe alles.

Die Sowjetunion, die in den Formen unserer Zeit – Abhängigkeit des Einflussgebietes durch Waffenlieferung und andere Subsidien, ideologische Anpassung, Gewährung von facilities – als heimliche Erbin des portugiesischen Kolonialreiches bezeichnet werden muss, ist an einem *friedlichen* Machttransfer in den Nachbarstaaten nicht interessiert. Denn ihr Weizen blüht umgekehrt bei einer (kontrollierten) militärischen Konfrontation. Je intensiver und blutiger der Guerillakrieg in Namibia und Rhodesien geführt wird, desto mehr stärkt sich ihr Einfluss und desto grösser wird die Chance eines Übergreifens der Unruhe, Gewalttätigkeit und inneren Verunsicherung auf die Republik Südafrika.

So entsteht im weltpolitischen Spannungsfeld eine Legitimitätskonkurrenz zwischen zwei gleichermaßen um Unabhängigkeit bemühten, aber rivalisierenden Gruppen. Wer sind die wahren Repräsentanten Namibias, die Häuptlinge oder die SWAPO? Und wen repräsentieren sie – die Nation, das Volk, die Stämme, die Einzelnen? Am Ende wird allerdings weniger nach Legitimität, nicht einmal nach der Loyalität der Vertretenen gefragt, als nach dem Durchsetzungsvermögen der stärkeren Partei. Bisher hat sich herausgestellt, dass straff geführte und schlagfertige Organisationen auch der breitesten Anhängerschaft überlegen sind. Es siegt nicht, wer die Wahlen gewinnen würde, sondern wer die Macht erobern kann.

Über Waffen verfügen auf seiten Namibias die SWAPO, die angolische MPLA und die Kubaner, ohne deren Mitwirkung kaum grössere Aktionen durchgeführt werden können. Waffen besitzt auch Südafrika. Eine unabhängige Regierung kann sich aber unter den gegenwärtigen Umständen schwerlich nur auf fremde, also südafrikanische Hilfe stützen, wenn sie glaubwürdig bleiben will. Solange sich die Grundkonstellation nicht verändert, würden ihr, wie bisher der Transkei,

Anerkennung und Kooperation versagt.

Eine friedliche Lösung der Namibiafrage scheint in dieser Lage nur möglich, wenn als Folge langfristigen westlichen Engagements und nach Aufhalten der sowjetischen Expansion die SWAPO erkennen würde, dass es in ihrem eigenen Interesse liegt, vom Alleinvertretungsanspruch abzulassen und konstruktiv am Aufbau des neuen Staates mitzuwirken.

Peter Coulmas

KLIPPENREICHE AUSSENPOLITIK JAPANS

Bedingt durch die geographische Lage des Inselreiches und die machtpolitische Situation im Fernen Osten, wird die heutige Aussenpolitik Tokios primär bestimmt durch seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika, durch das Verhältnis einerseits zur Sowjetunion und zum anderen zur Volksrepublik China; von indirekter Bedeutung ist für die Japaner indessen ebenfalls die Situation im geteilten Korea und diejenige Nationalchinas.

Partnerschaft mit den USA

Das politische Verhältnis zwischen Tokio und Washington wird man heutzutage zweifellos als gut bezeichnen dürfen; auch treten etwa 70 Prozent der japanischen Bevölkerung für eine enge Zusammenarbeit mit den USA ein. Im Zuge ihrer neuen «Pazifik-Doktrin» unterhalten die Amerikaner «besondere Beziehungen» zu Nippon, das nunmehr den Status eines echten Partners besitzt; die Zeiten von 1971 mit dem «Nixon-

Schock» – als der US-Präsident seine Peking-Reise öffentlich ankündigte, ohne vorher Premier Sato auch nur informiert zu haben – scheinen nicht nur äusserlich überwunden zu sein. Für Japan gibt es allerdings ebenfalls keine alternative Quelle der Sicherheit und des Wohlstands, wie auch das Interesse der Vereinigten Staaten an dem Inselreich unverzichtbar ist: Die Beziehungen Washingtons zu Tokio sind wichtiger als zu allen Staaten Asiens zusammengenommen.

Japan ist zudem der zweitgrösste Handelspartner der Amerikaner – noch vor Europa; die enge Verflechtung nordamerikanischer und japanischer Wirtschaftsinteressen dominiert längst die pazifische Szene. Gelegentlich gibt es gewisse Reibereien: In den USA spricht man nicht selten von «Dumping»-Preisen der Japaner, und diese wiederum streben seit langem ein gleichwertiges Luftfahrtabkommen mit den Vereinigten Staaten an – diese Fragen werden jedoch letztlich nur als drittrangig gewertet.

Im Hintergrund des Vietnam-Kollapses erhielt der japanische Ministerpräsident vorletzten Sommer eine verstärkte Sicherheitsgarantie der USA, und in einer «Gemeinsamen Erklärung an die Presse» stand deutlich – wie nie zuvor in einem japanisch-amerikanischen Communiqué –, dass beide Seiten «die amerikanische nukleare Abschreckung als wichtigen Beitrag zur Sicherheit Japans anerkennen»; neben dieser demonstrativen Fixierung des Nuklearschirms der USA für Japan vermochte der Gast eine erneute, unzweideutige Bündnisgarantie für jeglichen Angriff auf sein Land zu erhalten. Ohnehin sind aufgrund des gegenseitigen Sicherheitsvertrages in Japan und Okinawa amerikanische Truppen stationiert, deren Stärke von rund 50000 Soldaten in absehbarer Zukunft kaum verringert werden dürfte; nur dank dieses Sicherheitsvertrages kann Tokio immer noch auf Interkontinentalraketen, Langstreckenbomber und Flugzeugträger verzichten. Seit längerem indessen drängt Washington, dass Japan mehr Verteidigungslasten und -pflichten übernimmt; in Relation zu seinem Pro-Kopf-Einkommen und dem Bruttosozialprodukt steht es auf der Weltrüstungs-Rangliste tatsächlich auf einem der letzten Plätze.

Nicht zuletzt wegen des bedrohlichen Anwachsens der sowjetischen Fernost-Flotte hat Japan zu Beginn dieses Finanzjahres eine erhebliche militärische Ausgabensteigerung vorgenommen; insbesondere will es die Schlagkraft seiner U-Bootabwehr und seiner Jagdflugzeuge verstärken. Bereits in den nächsten Jahren soll es den japanischen Selbstverteidigungskräften möglich sein, zumindest eine kleinere Invasion des Inselreiches ohne Unterstützung der amerikanischen Streitkräfte abzuwehren.

Sorge vor einem neuen Korea-Krieg

Werden die Riesenarmeen der Sowjetunion und der Volksrepublik China auf lange Sicht auch mit grosser Sorge betrachtet, so befürchtet man akut viel mehr einen erneuten Krieg in Korea. Für seine eigene Sicherheit sieht Japan Südkoreas Sicherheit als «lebensnotwendig» («essential») an. Würde ein nordkoreanischer Kriegsüberfall dieses Gebiet wiederum überrennen, entstünde in Japan ein Schock, der in seinen Auswirkungen heute gar nicht überblickt werden kann – schon deshalb werden die USA den 38. Breitengrad mit allen Mitteln verteidigen müssen. Sprechen sich auch heute noch 80 Prozent der japanischen Bevölkerung gegen die Atombombe aus (und zwar sowohl gegen ihre Herstellung als auch ihren Besitz wie ebenfalls gegen ihre Lagerung in Japan durch die USA), so könnte die allgemeine Stimmung dann sehr schnell umschlagen. An Atombomben in japanischen Händen indessen haben die asiatischen Länder, aber auch die Grossmächte kein Interesse. In einer Verteidigungsdebatte vor dem Parlament vergangenes Jahr zeigte sich der japanische Verteidigungsminister nach wie vor fest in der Verweigerung der Einführung von Atomwaffen auf das Inselreich, selbst im Kriegsfall. Eine entschiedene Erklärung Japans, bei einem Angriff Nordkoreas auf Südkorea den USA sofort sämtliche Rechte zu situationsgerechten Gegenmassnahmen einzuräumen, blieb leider aus – was hoffentlich Nordkorea einmal nicht zu Fehlkalkulationen veranlassen wird.

Die Beziehungen der Japaner zum kommunistischen Korea sind daher auch von Misstrauen geprägt. Es existiert lediglich eine private Handels-

niederlassung Tokios in Pjöngjang, was sich in absehbarer Zeit auch nicht ändern wird. Der gegenseitige Handel ist etwas angestiegen, jedoch relativ minimal geblieben. Auch mit Südkorea gibt es vereinzelt Differenzen, vor allem wegen der starken japanischen Investitionen im Lande. Die 40 Jahre dauernde Okkupation durch Japan hat auch hier tiefe Narben hinterlassen.

*Verhältnis zu Nationalchina:
de facto gut*

Die nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Nationalchina spürbare Euphorie der Japaner für die Volksrepublik China ist verflogen. Inzwischen besteht zwischen Tokio und Taipeh wieder ein reguläres Luftfahrtabkommen; gegenseitige De-facto-Botschaften – äusserlich als Handelsmission und «Vereinigung für ostasiatische Beziehungen» deklariert – sorgen für einen regen Austausch. Nach wie vor ist der Handel Japans mit Nationalchina wesentlich grösser als mit dem chinesischen Festland. Auch innerhalb der japanischen Regierungsstellen scheinen zumindest im gegenwärtigen Moment die Advokaten Taipehs und nicht Pekings zu dominieren.

Vor einigen Monaten warnte der japanische Aussenminister die USA vor einer Annullierung des Beistandspaktes mit Nationalchina, da dadurch Amerika (noch mehr) sein Gesicht in Asien verlore und zugleich die Sowjets verstärkt in diese Region eindringen würden; tags darauf schwächte er dies ab mit dem Hinweis, dass die Volksrepublik China zumindest zuvor ausdrücklich auf die Anwendung bewaffneter Gewalt bei der Lösung der Taiwan-Frage verzichten müsse – was schon aus ideologischen

Gründen für Peking nicht in Frage kommen kann. Dazu besitzen die Japaner sehr grosse Investitionen auf der Insel. Auch gelangen bis jetzt rund 90 Prozent des gesamten japanischen Ölbedarfs vom Nahen Osten sowie die meisten Stahl- und Kohlelieferungen durch die Formosastrasse – irgendwelche Störungen hier würden die Wirtschaft im «Land der aufgehenden Sonne» zwar nicht tödlich treffen, aber doch zeitraubende Umwege erfordern.

Die Sowjetunion und der Friedensvertrag

Die in den vergangenen Jahren hochgeschraubten Erwartungen auf einen intensiven japanisch-sowjetischen Handelsverkehr – in der Folge der Mitwirkung Tokios bei der Erschliessung der Rohstoffquellen Sibiriens und des sowjetischen Fernostens – sind in letzter Zeit erheblich gedämpft worden. Zwar wünscht Moskau weiterhin das technische Know-how und auch das Kapital Japans, doch sind die beiden grössten Projekte nach dortiger Ansicht nicht zu realisieren. Denn die Japaner streben in Westsibirien den Bau einer Ölpipeline an, während die Russen den Transport des Öls auf dem Gleiswege vornehmen wollen – worin man wiederum in Tokio wohl nicht zu Unrecht eine Verbesserung der militärischen Infrastruktur der UdSSR gegenüber der Volksrepublik China sieht; ausserdem ist Japan heute nicht mehr auf das Öl und Erdgas aus diesen Gebieten angewiesen.

Das eigentliche Problem zwischen den beiden Ländern ist der immer noch ausstehende Friedensvertrag. Moskau würde ihn sofort abschliessen; Tokio hingegen will ihn erst nach Rückgabe seiner nördlichen Inseln Ftorofu, Kuna-

shiri, Habomai und Shikotan unterzeichnen. Die Vorgeschichte dieses Vertrags geht auf das Jahr 1941 zurück, als die UdSSR mit Japan einen Neutralitäts- und Nichtangriffspakt abschloss; im April 1945 aber kündigte der Kremel das Abkommen, erklärte zwei Tage nach dem Abwurf der amerikanischen Atom-bombe den Japanern den Krieg und besetzte die Kurilen. Im Friedensvertrag von San Francisco 1951 musste Japan die Inseln zwar abtreten, doch wurde kein Rechtsnachfolger genannt; ohnehin, so argumentiert Tokio, könne Sowjetrußland daraus keine Ansprüche herleiten, da es den Friedensvertrag nicht mitunterzeichnet habe. Zudem gehörten zu den «Kurilen» nicht die Inseln Habomai und Shikotan, die reine Hokkaido-Ausläufer seien. Bei allen bedeutenden Gesprächen in Moskau seit Kriegsende trugen die Japaner ihre Ansichten vor. Mit der Räumung Okinawas seitens der USA wurde dann der Ruf nach Herausgabe auch der Inseln im Norden lauter, und man erinnerte sich an ein Versprechen Chruschtschows, bei einer Rückgabe Okinawas werde Moskau seinerseits auf die Kurilen verzichten. Indessen kam von dort stets nur der Vorwurf, «mit den unbegründeten Gebietsansprüchen» untergrabe Japan «das gutnachbarliche Verhältnis zur UdSSR». Als Anfang 1972 dann aber Japan erste Fäden mit Peking anknüpfte, flog Aussenminister Gromyko nach Tokio und erklärte sich zu Verhandlungen bereit, und ein Jahr später gab eine dem sowjetischen Aussenministerium nahestehende Zeitschrift die Bereitschaft zu erkennen, «alle Probleme innerhalb eines neuen globalen Rahmens zu lösen». Der damalige japanische Ministerpräsident entgegnete hierauf, dass vor der Errichtung eines

derartigen angestrebten kollektiven Sicherheitssystems in Asien – das Moskau allzu gerne gegen den Rivalen in Peking aufbauen möchte – erst ein Friedensvertrag abgeschlossen werden müsste, und dieser habe zur unabänderlichen Voraussetzung einen eindeutigen Verzicht der Sowjetunion auf die Kurilen. Eingedenk der Grundsätze von der Unverletzbarkeit der Nachkriegsgrenzen, die die UdSSR bei der europäischen Sicherheitskonferenz in Helsinki einhandelte, bezeichnete Gromyko zu Beginn dieses Jahres die Grenzen auch in Asien als fest und unverrückbar. Ebenso bekräftigte Breschnew vor dem XXV. Parteitag der KPdSU, dass die Ansprüche der Japaner «unbegründet und völkerrechtswidrig» seien.

Für die Regierung in Tokio bedeutet indessen die Rückgabe der Inseln die Wiederherstellung der territorialen Integrität des Landes, auf die auch die gesamte Bevölkerung – einschliesslich der Kommunistischen Partei – niemals verzichten wird. Tokio kann sich in dieser Frage einen festen Standpunkt erlauben, da es gegenüber der Sowjetunion sowohl wirtschaftlich als auch politisch – die Konfrontation Peking–Moskau hat das Land zu einem von beiden Seiten begehrten Partner gemacht – letztlich in der stärkeren Position sein dürfte. Für die UdSSR sind die Kurilen zwar strategisch von gewisser Bedeutung, primär aber würde die Rückgabe der Inseln einen Präzedenzfall schaffen, der die weitaus grösseren Gebietsansprüche der Chinesen gegenüber Sowjetrußland beweiskräftiger erscheinen lassen könnte. Eine massive Schützenhilfe der Volksrepublik für diese Ansprüche Japans führte in diesem Sommer indessen zu einer tiefen Krise der Beziehungen Tokios zu Peking: Vor dem Oberhaus er-

klärte der japanische Aussenminister, diese Unterstützung sei den Interessen seines Landes nicht nützlich, sondern schädlich und sollte daher besser unterbleiben, mit der unausgesprochenen, aber implizierten Begründung, dass sie eine Verständigung mit der sowjetischen Führung erschwere – eine noch vor Jahresfrist völlig undenkbbare kategorische Zurückweisung antisowjetischer Einmischung Pekings in die japanische Russlandpolitik.

Inzwischen aber hat sich das Verhältnis Tokios gegenüber Moskau weiter verhärtet: Dort erregte die kürzliche Reise des japanischen Aussenministers mit einem Kriegsschiff durch jenes Gebiet der Kurilen-Inseln starken Unwillen. Andererseits haben die Dreistigkeit, mit der die sowjetische Luftwaffe entlang der Küste Nippons während der vergangenen Monate ihre Aufklärungstätigkeit beträchtlich verstärkte, und dann Anfang September der von der japanischen Radarkontrolle unbemerkte Flug der MiG-25 nicht nur die Militärs der Insel alarmiert; das arrogante Verhalten der Sowjets, welche die sofortige Auslieferung des Piloten und seiner Maschine forderten, musste bei der japanischen Mentalität sehr negative Eindrücke hinterlassen – überdies lässt sich Moskau bei der Rückgabe der relativ häufig inhaftierten japanischen Fischer in vermeintlich sowjetischen Hoheitsgewässern überaus viel Zeit. Die Sowjets nun kündigten den vorgesehenen Staatsbesuch Breschnews in Tokio auf; während der jüngsten Wochen haben auch der sowjetische Fischereiminister sowie der Aussenhandelsminister ihre geplanten Japan-Reisen abgesagt. Ebenso hat Moskau seine Teilnahme an dem Internationalen Luftfahrtsalon bei Tokio zurückgezogen, umgekehrt wurden Ein-

ladungen japanischer Sportdelegationen in die Sowjetunion annulliert. Indessen müsste man sich im Kreml doch reiflich überlegen, ob der Bogen wirklich überspannt werden sollte: Japan könnte schnell zu einem echten Flugzeugträger der USA werden, und die Sowjetunion sich in Zukunft mit einem asiatischen Dreieck – Vereinigte Staaten, Japan, Volksrepublik China – konfrontiert sehen!

Die Frage der «Anti-Hegemonie-Klausel»

Für das chinesische Festland ist Japan der wichtigste Handelspartner. Zwar kann das Inselland nur verhältnismässig wenig Waren – aus Qualitätsgründen – vom Riesenreich kaufen, doch rechnet man in Tokio mit einem Durchbruch Pekings während der kommenden Jahre, sobald sich amerikanisches und japanisches Know-how in Chinas Erdölindustrie voll ausgewirkt hat.

Die japanisch-chinesischen Friedensvertrags-Verhandlungen hingegen sind seit längerem ins Stocken geraten, weil nach der Forderung Pekings der gleichzeitig abzuschliessende Freundschaftsvertrag eine Klausel enthalten muss, wonach beide Partner sich zum Widerstand gegen «Hegemoniebestrebungen einer dritten Macht in Asien» verpflichten. Diese Klausel stellt eine Standardformel in allen derartigen Abkommen Volkschinas dar und wurde beispielsweise vergangenes Jahr auch von Kuala Lumpur akzeptiert, ohne dass eine Protestnote aus Moskau an Malaysia bekannt geworden wäre. Dass die «Anti-Hegemonie-Klausel» gegen die Sowjetunion gerichtet ist, wird von Peking mehr oder minder offen eingeräumt. Allerdings verfügt Moskau als einzige Kolonial-

macht in Asien immer noch uneingeschränkt über viele erworbene Territorien. Gegen die Annahme einer solchen Klausel protestierte die UdSSR auch bereits verbal über ihre Botschaft in Tokio, und Gromyko hat zu Beginn dieses Jahres unzweideutig gewarnt, bei einer Unterschrift unter einen derartigen Vertrag müsse die sowjetische Führung ihr Verhältnis zu Nippon überprüfen. Die japanische Öffentlichkeit sah darin eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten ihres Landes, was bei den stolzen Japanern das generell schon nicht geringe Misstrauen gegenüber dem sowjetrussischen Nachbarn noch erhöhte.

Es nützte kaum, dass der japanische Ministerpräsident den sowjetischen Vertretern ausdrücklich versicherte, die «Anti-Hegemonie-Klausel» sei seitens Tokios nicht gegen die UdSSR gerichtet, sondern entspreche den allgemeinen Prinzipien des Friedens. Japan bleibt damit aber in einer höchst unbequemen Situation: Wie immer sich die Regierung in Tokio auch verhalten wird, sie wird

kaum darum herumkommen, eine der rivalisierenden kommunistischen Grossmächte vor den Kopf zu stossen. Um nun einen gangbaren Ausweg zu finden, hat der japanische Aussenminister auf der letzten UN-Vollversammlung in New York seinem chinesischen Amtskollegen die Bereitschaft seines Landes übermittelt, der Aufnahme jener umstrittenen Klausel zuzustimmen – allerdings unter der Voraussetzung, dass sich diese nicht gegen ein bestimmtes Land richte und sich nicht auf irgendeine gemeinsame Aktion zwischen Japan und der Volksrepublik China beziehen würde. Eine Antwort Pekings steht im Moment noch aus; zweifellos haben die neuen Machthaber gegenwärtig ganz andere, wichtigere Probleme.

Man darf annehmen, dass Tokio – bitter enttäuscht über Moskaus Verhalten in der Kurilen-Frage – nunmehr, allerdings sehr behutsam und in ständigen Absprachen mit Washington, den Weg in Richtung Peking gehen wird.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

KRITISCHE MISZELLEN

Über Kritik und Selbstzensur

Wer Kritiken schreibt, wird darauf angesprochen, jedoch geschieht es meist in einer Weise, die zu nichts führt. Das Publikum, aber leider auch Künstler, zum Beispiel Schauspieler, nennen eine Kritik «gut» oder «schlecht» in dem Sinne, als ob «gut» gleichbedeutend mit «zustimmend» und «lobend», «schlecht» aber gleichbedeutend mit «ablehnend» und «voller Einwände» wäre. Sie wollen nicht einsehen, dass

die entscheidende Qualität einer Kritik nicht im Urteil selbst, sondern in den Wahrnehmungen und Überlegungen begründet ist, die zu ihm führen. Das Urteil ist eine Konsequenz, die sich schliesslich ergibt. Aber es kommt allein darauf an, wie es begründet ist. Ob die Kritik gut oder schlecht sei, vermag zu beurteilen, wer ihre Prämissen überprüfen kann, zum Beispiel, ob ihr Verfasser wesentliche Komponenten einer

Aufführung übersehen habe, ob er von Vorurteilen herkomme oder ob er in der Lage sei, intensiv auf das Dargebotene einzugehen und dennoch vergleichend abzuwägen. Der Mann aus dem Publikum, der dem Kritiker vorhält, er sei mit Autor und Künstler zu hart ins Zeug gegangen, bekundet damit seine Friedfertigkeit und möglicherweise auch sein Mitleid; zur kritischen Diskussion trägt er nichts bei.

Musikkritiker aus deutschsprachigen Ländern haben Ende 1976 an einem viertägigen Seminar in der *Alten Kirche Boswil* in Gruppenarbeit und Plenumsgesprächen diese und andere Fragen diskutiert. Ihr Themenkreis war weit gezogen und umfasste auch die Arbeitsbedingungen des Kritikers, die Interpretationskritik als Spezialgebiet, die Rezeptionsgeschichte, besonders im Hinblick auf die Rollen klischeehafter Hörererwartungen, aus denen nicht nur der Konzertbesucher, sondern auch der Kritiker schwerlich ausbricht. Aber der Kritiker kann sie reflektieren; er muss es tun, wenn er einem neuen Werk gerecht werden will. Was die Kollegen von der Musikkritik da versucht und realisiert haben, müsste weitergeführt werden. Theater- und Literaturkritik, auch sie zwischen den Stühlen, angefochten und angezweifelt aus höchst unterschiedlichen Gründen, hätten Ursache, ihre Bedingungen, ihre Kriterien und ihre Stellung in der Öffentlichkeit von Zeit zu Zeit zu überprüfen.

*

Von einem jüngeren Schriftsteller höre ich, er sei kürzlich auf einer Tagung von Autoren wie ein Kuriosum bestaunt worden als der Mann, der es gewagt hatte, einigermassen harte Ein-

wände gegen das neueste Buch eines berühmten Kollegen öffentlich vorzubringen. Das Staunen habe den Charakter befremdeter Verwunderung gehabt. Er also sei das, fragten sie vielsagend, als er sich vorstellte. Er musste sich in ihrem Kreis vorkommen wie einer, der sich grauenhaft danebenbenommen hatte. Und dabei hatte er doch nur geschrieben und publiziert, was er eben dachte. Wo jedoch eine Gemeinde besteht oder die Wertschätzung eines Werkes gleichsam öffentlich etabliert ist, werden kritische Zweifel und gar ein abweichendes Urteil als Beleidigung empfunden. Schon August Wilhelm Schlegel, der unter anderem auch höchst scharfsinnige Betrachtungen über das klassische französische Theater verfasst hat, musste das erfahren. Er berichtet in der Vorrede zu seinen gesammelten kritischen Schriften, auf den Vorschlag, ihn zum auswärtigen Mitglied der dritten Klasse des Instituts zu ernennen, habe ein ehrenwerter Gelehrter Schlegels Schilderungen des französischen Theaters aus der Tasche gezogen und sich gegen die Verbindung mit einem des Verbrechens der beleidigten Nation schuldigen Fremden nachdrücklich gewehrt. Die Frage war eben auch da nicht, ob hier vielleicht eine bedeutende kritische Leistung vorliege. Für den Patrioten im Institut gab ganz einfach den Ausschlag, dass da einer überhaupt gewagt hatte, Einwände vorzubringen, wo seiner Meinung nach nur noch Bewunderung erlaubt war. Die Haltung gibt es, wie man sieht, auch heute noch. Man verteidigt heute vielleicht weniger die Nation gegen kritische Störenfriede; aber die Erfahrung, die der junge Schriftsteller machen musste, von dem ich sprach, ist durch nichts von derjenigen Schlegels verschieden. Auch er hat

sich möglicherweise Sympathien verschert und Feinde gemacht; es könnte Folgen haben für ihn. Wir wollen es nicht hoffen.

*

Als vor einiger Zeit in Zürich die Theaterkritik mit erstaunlicher Einmütigkeit feststellte, das uraufgeführte Stück eines angehenden Dramatikers sei durchgefallen, wobei – wie nachzuprüfen ist – die Gründe für das Desaster genannt und erörtert wurden, beklagte sich ein Mann vom Theater pauschal über die Kritiker. Er warf sich wie ein Winkelried vor das gescheiterte Stück und seinen Autor und erhob Protest gegen etwas, das er mit grosser Gebärde «Provinz-Masochismus» zu nennen beliebte. Schliesslich habe da einer ein Drama geschrieben oder wenigstens versucht, es zu tun, und das sei mehr, als andere Schreiber wagten. Da stockt man schon. Soll es denn zu den Aufgaben der Kritik neuerdings gehören, den Entschluss junger Autoren zu feiern, ein Theaterstück zu schreiben? Sie hat, meine ich, Rechenschaft abzulegen darüber, was dabei herausgekommen ist. Im vorliegenden Fall wäre sogar die Frage nicht verfehlt gewesen, ob es gerechtfertigt sei, den nicht ganz billigen Produktionsapparat einer grossen Bühne für eine Sache einzusetzen, deren Chancen offensichtlich gering waren. Es gibt schliesslich andere Methoden der Autorenförderung. Aber wenn es schon zur Uraufführung kommt, sehe ich nicht, wie die Kritik ihrer Verantwortung anders nachkommen sollte, als indem sie so klar und bestimmt wie möglich sagt, was sie zu sagen hat. Und das hat sie in diesem Fall getan, zum Missfallen eines theatereigenen Winkelrieds und

möglicherweise auch eines Teils des Publikums. Mich hat anlässlich der Uraufführung von «Das Ende von Venedig» ein junger Mann eine Reihe vor mir angesprochen, der uns am Schluss der Vorstellung anmerkte, dass wir nicht begeistert waren. Ob es uns denn nicht gefallen habe, fragte er. Der Ausdruck entwarfnet, besonders in einem Fall wie diesem. Denn ob ich die Klage des Autors, *Jürg Amann*, über den Untergang Venedigs und aller Kultur im Müll der Zivilisation begreife und ihr vielleicht sogar zustimme, spielt ja keine Rolle. Mit Figuren, die keine sind, hat er versucht, ein Theaterstück darüber zu machen. Ob ich bildhafte Effekte wie die Beschwörung Harlekins und der *Commedia dell'Arte* einen Augenblick lang als willkommene Inszenierungsidee inmitten eines kaum spielbaren Textes begrüsse, vermag den Eindruck nicht zu ändern, der sich an diesem Abend einstellte: unerfüllte Ansprüche, Sprache, die sich nicht mit ihr zugeordneten Personen verbindet, Zitiertes in Menge. Es kommt nicht zu Beziehungen oder Situationen, folglich auch nicht zum Dialog. Ein paar Restauratoren wickeln derweil die kostbaren Überreste von Venedig in Watte ein und repetieren Kulturgeschichte.

Wir könnten es dabei bewenden lassen; das Stück über Venedigs Ende ist kein Gesprächsgegenstand mehr. Aber mich hat der junge Mann vor mir, der uns nach der Vorstellung in ein Gespräch ziehen wollte, nachdenklich gemacht. Voraussetzungen der Kritik sind, neben Kenntnissen und Einsicht, Intuition und Erfahrung. Wer zum allererstenmal im Schauspiel sitzt, auch noch zum zwanzigstenmal vielleicht, wird Dinge zum erstenmal erleben, die auf ihn eine unwiderstehliche Wirkung ha-

ben. Er kann sie aber nicht genau überprüfen, weil ihn stets neue Eindrücke bedrängen. Wer tausendmal im Theater sass und es immer wieder tut, weil auch er noch auf Entdeckungen aus ist, auf die Entdeckung der lebendigen Wirklichkeit des Theaters, der hat sich – ich will es hoffen – durchaus die Bereitschaft bewahrt, sich überraschen zu lassen. Dennoch wird er skeptischer sein. Seine Vergleichsmöglichkeiten sind grösser, sein Repertoire umfasst eine grosse Zahl von Inszenierungen, was natürlich kein Verdienst ist, aber eine Verpflichtung, genauer hinzusehen, Rechenschaft abzulegen vor der eigenen Erfahrung. Unsere Fähigkeit, Theater zu erleben, wird mit den Jahren nicht kleiner. Aber wenn denn nun also der Theaterkritiker, der seinen Beruf ernst nimmt, mit seinem begründeten Urteil die Vorstellungen und Gefühle des Theaterliebhabers verletzt, zum Beispiel die des jungen Mannes vor mir und seiner charmanten Freundin, kann er das verantworten? Ich setze voraus, sein Urteil sei die klare Konsequenz aus seinen Erfahrungen, er habe wach und aufmerksam auf sich wirken lassen, was der Abend zu bieten hatte. Dann steht er da mit seiner Wahrheit, die vielleicht nicht angenehm ist und die ihn höchst wahrscheinlich selber nicht freut. Soll er sie aussprechen? Oder – wenigstens teilweise – bei sich behalten?

*

Was hier zum Schluss noch zur Sprache kommen muss, wird allzu leichtfertig als Selbstzensur bezeichnet –, ein

übles Wort für eine Sache, die so übel gar nicht ist und jedenfalls unvermeidlich. Nur ein völlig Ahnungsloser oder ein unkritischer Konsument des Jargons kann meinen, es könnte einer jemals völlig frei, ohne alle Rücksicht auf Freunde oder auf Situationen, ohne Abwägen eigener oder fremder Interessen, die er nicht gefährden möchte, einfach so daherdenken und daherreden. Die Angst, seine öffentlich ausgesprochene Meinung könnte sich für ihn selber nachteilig auswirken, ist wahrscheinlich nicht das am häufigsten anzutreffende Motiv der Zurückhaltung oder der Anpassung, jedenfalls nicht in einer liberalen Gesellschaftsordnung, in der einem kritischen Geist nicht Verfolgung, Gefängnis oder Ausbürgerung drohen. Loyalität und Solidarität bewirken da öfters, was mit dem Begriff der Selbstzensur allzu grobschlächtig und ungenau benannt wird. Der junge Schriftsteller, von dem ich sprach, hat im Kreis seiner Kollegen Befremden ausgelöst, weil er abweichende Meinungen über das Werk eines Berühmten nicht verschwiegen hatte. Hans Magnus Enzensberger, scharfsinnig und eigenwillig wie je, sagte unlängst vor einem vorwiegend linken Publikum und nicht zur Freude der Genossen, einen Naturzustand diesseits der Selbstzensur habe es nie gegeben. In allen bisher erforschten Gesellschaften habe sie geblüht. Der Vorschlag, sie schlichtweg abzuschaffen, sei schlechte Utopie.

Wer schreibt, muss damit rechnen, dass es Folgen hat. Das kann doch nicht unerwünscht sein.

Anton Krättli